

Sehr geehrte Staats- und Regierungschefs der EU,

die rasant steigenden Lebensmittel- und Energiekosten stürzen Familien in ganz Europa in eine Lebenskostenkrise, die durch die von Covid-19 verursachten Unterbrechungen der Lieferkette ausgelöst und durch die russische Invasion in die Ukraine noch verschärft wurde. Die Europäische Kommission hat Lösungen vorgeschlagen, wie z.B. die Begrenzung der Gewinne aus der Energieerzeugung. Diese kurzfristigen Lösungen sind notwendig, müssen aber durch einen langfristig orientierten Ansatz ergänzt werden.

Als Organisationen der Zivilgesellschaft, Denkfabriken und Gewerkschaften, unterstützt von AkademikerInnen aus der gesamten Europäischen Union, sind wir der Meinung, dass dieser Ansatz die grundlegenden strukturellen Probleme und Wurzeln unseres Wirtschaftssystems angehen muss. Unser derzeitiges Wirtschaftssystem funktioniert für die allermeisten Menschen in Europa, die jüngeren Generationen sowie unseren Planeten nicht. Zu den langfristigen Lösungen gehören rasche Fortschritte bei der EU-Steueragenda, einschließlich einer ökologischen Steuerreform, sowie eine tiefgreifende Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung – um eine sozialpolitische Umverteilung und eine sozial-ökologische und gerechte Transformation zu unterstützen.

Um Gleichheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten, müssen die Wohlhabendsten den Löwenanteil tragen. Wir fordern Sie darüber hinaus auf, umweltschädliche Aktivitäten stärker zu besteuern. Das Steuersystem muss mit sozial ausgewogenen und progressiven Steuern gestärkt werden. Zudem sollte rasch ein effektiver Mindeststeuersatz für Unternehmen in der gesamten EU verwirklicht werden, um sicherzustellen, dass die Wirtschaft allen dient. Ohne progressive und geschlechtergerechte Steuerreform werden sich die bestehenden Ungleichheiten nur weiter verschärfen, und die Reichsten weiterhin unverhältnismäßig mehr von der Wirtschaftsleistung profitieren.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt – der die fiskalpolitischen Beschränkungen nationaler Haushalte regelt - muss in einem demokratischen und offenen Prozess neu gestaltet werden. Reformen von einer solchen Bedeutung dürfen nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden, sondern sollten einem demokratischen und transparenten Prozess folgen, der eine formale Rolle für das Europäische Parlament vorsieht (ordentliches Gesetzgebungsverfahren).

Da die Europäische Kommission in kürze ihre Vorschläge zur Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, insbesondere der europäischen Fiskalregeln, vorlegen wird, bietet sich die einmalige Gelegenheit, ein neues Kapitel der europäischen

Wirtschaftspolitik aufzuschlagen. Dieses neue Kapitel muss sicherstellen, dass die EU Fiskalregeln mit den vereinbarten makroökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen der EU übereinstimmen. Darüber hinaus muss die Reform einen neuen Ansatz für die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten festlegen. Daher fordern wir Sie auf, dafür zu sorgen, dass die folgenden Grundsätze im Mittelpunkt der Reform stehen:

- **Eine zukunftsfähige Wirtschaft mit Arbeitsplätze für alle zu schaffen** - Ermöglichen Sie finanzpolitische Flexibilität, um eine vollbeschäftigte Wirtschaft mit menschenwürdigen, gut bezahlten und nachhaltigen Arbeitsplätzen für alle anzustreben.
- **Die „grüne Finanzierungslücke“ schließen und Europa energieunabhängig von fossilen Brennstoffen machen** - Gezielte und aufgestockte grüne öffentliche Investitionen sind erforderlich, um unter dem 1,5-Celsius-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu bleiben. Ein reformierter fiskalischpolitischer Rahmen sollte sicherstellen, dass die öffentlichen Ausgaben der Mitgliedstaaten mit dem Pariser Klimaabkommen sowie mit anderen Umweltzielen wie, z.B. der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und Schadstofffreiheit, in Einklang gebracht werden.
- **Reinvestitionen in öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherung** - Sozialausgaben müssen einen breiten Zugang zu qualitativ hochwertigen grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen sowie ein soziales Sicherheitsnetz gewährleisten, das niemanden ausschließt und Care im Mittelpunkt der Wirtschaft stellt.
- **Soziales, wirtschaftliches und ökologisches Wohlergehen anstreben** - Eine Reform muss dauerhaftes Wohlergehen zum vorrangigen Ziel der EU-Wirtschaftspolitik machen, indem geeignete Indikatoren innerhalb des finanzpolitischen Rahmens der EU festgelegt werden. Nur damit kann sichergestellt werden, dass die Regeln nicht wieder zu erheblichen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben führen. Wirtschaftswachstum als primäres Ziel ist verfehlt, und die Regierungen sollten eher darauf abzielen, bessere soziale, wirtschaftliche und ökologische Ergebnisse zu erzielen.

Da es sich bei der Umweltzerstörung nicht um eine vorübergehende, sondern um eine lang anhaltende und strukturelle Krise handelt, sind vorbeugende (öffentlichen) Ausgaben und Investitionen heute ein absolutes Muss. Das bedeutet auch, eine gute Lebensqualität für alle, bessere öffentliche Dienstleistungen und ein nachhaltigeres Ökosystem für künftige Generationen zu gewährleisten.

Ein reformierter europäischer finanzpolitische Rahmen und ambitionierte gemeinsame Steuervorschriften müssen für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte geeignet sein. Wenn sie richtig konzipiert sind, könnten sie soziale Ungleichheiten verringern, das Vertrauen in die EU und die demokratischen Institutionen wieder stärken und dazu beitragen, Brücken zwischen den in Europa leben Menschen zu schaffen.

Mit der Reform der EU Fiskalregeln haben wir die Möglichkeit, ein gerechteres System zu schaffen, das auf einer zukunftssicheren Wirtschaft mit Arbeitsplätzen für alle, Solidarität und Nachhaltigkeit aufbaut. Wir fordern Sie dringend auf, diese Gelegenheit ohne weitere Verzögerungen zu nutzen.